



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 5/2018

Reichtum trübt Blick für soziale Ungleichheit

Kreis Bergstraße. Oftmals müssen sich politische Entscheidungsträger den Vorwurf anhören, dass ihre Maßnahmen an den tatsächlichen Bedürfnissen vorbeigehen. Eliteforscher Professor Dr. Michael Hartmann kann dies nachvollziehen, wie er im Rahmen seines Vortrags „Elite! Wie ein kleiner Kreis für große Ungleichheit sorgt“, zu dem der Bergsträßer Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) nach Bensheim-Auerbach geladen hatte, verdeutlichte. Die Herkunft der politischen Elite sei ein maßgeblicher Faktor für deren Entfremdung von der breiten Bevölkerung.

So stammt etwa der Löwenanteil der Ministerriege des neuen Kabinetts aus dem Bürger- und Großbürgertum. Die Sozialisation dieser Personen sei von Kindheitsbeinen an eine völlig andere gewesen als beispielsweise die von Arbeiterkindern, weshalb gesellschaftliche Notwendigkeiten ganz anders wahrgenommen würden. Hartmann belegte seine Thesen mit zahlreichen wissenschaftlichen Daten. „Solange die politische Elite bezüglich ihrer Herkunft keinem radikalen Wechsel unterzogen wird, wird sich auch an der Politik nichts ändern“, ist Hartmann überzeugt.

Die umstrittenen Äußerungen von Gesundheitsminister Jens Spahn zu Hartz IV kamen für den Soziologen nicht unbedingt überraschend. „Das ist eine für dieses Milieu typische Äußerung. Spahn stammt aus der Familie eines mittelständischen Unternehmers im Münsterland. Es gibt dort zwar wenige, die das genauso sagen würden, doch die meisten denken genau dies“, so der Wissenschaftler. Grundsätzlich gibt es eine statistische Gewissheit dahingehend, dass es einen engen Zusammenhang der sozialen Herkunft einer Person und deren Denken über soziale Fragen gibt: Je reicher die Herkunftsfamilie, desto weniger Probleme hat man mit sozialer Ungleichheit. Als Naturgesetz könne dies freilich nicht gelten, wie Hartmann mit Verweis auf Ex-Kanzler Gerhard Schröder betonte, der zwar aus einfachen Verhältnissen stamme, dessen Agenda-Politik jedoch maßgeblich die soziale Spaltung in Deutschland befördert habe.

In den 1990er Jahren habe ein Prozess eingesetzt, in dem sich die Wirtschaftseliten mit ihrem Einkommen deutlich vom Normalverdiener entfernt hätten. Verdiente ein Vorstandsmitglied eines Konzerns im Vergleich zum normalen Arbeiter bis dahin etwa das 14-fache, sei es nun durchschnittlich das 54-fache. Verschärft worden sei die Situation durch zahlreiche politische Entscheidungen, nachdem Hans Eichel das Finanzministerium von Oskar Lafontaine übernommen hatte. „Ab diesem Zeitpunkt setzte eine massive Auseinanderentwicklung der Einkommen ein“, sagte Hartmann und belegte dies mit entsprechenden Zahlen. Hartmann führte zahlreiche Steuererleichterungen an, von denen vor allem die Topverdiener profitierten. Er verwies dabei auf die in der Öffentlichkeit kaum bekannte Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne, die zuvor mit 50 Prozent besteuert waren. Allein beim gegenseitigen Anteilsverkauf von Münchner Rück und Allianz seien dem Fiskus 35 Milliarden Euro durch die Lappen gegangen. Die folgenden Gewinne der Unternehmen wurden größtenteils ausgeschüttet, worüber sich wohlhabende Aktienbesitzer noch einmal freuen konnten. „Angesichts solcher selbst verschuldeter Umstände wird ein Gejammerge der Politik über leere öffentliche Kassen zu einem traurigen Witz“, merkte Hartmann an.

Mit den Veränderungen auf politischer Ebene einher ging das Abschmelzen der sogenannten Mittelschicht. Betrug sie einst 58 Prozent der Gesamtbevölkerung, könnten nun nur noch 47 Prozent dazu gezählt werden. „Auf eine Person, die nun besser gestellt ist, kommen drei, die nach unten abgestiegen sind“, erklärte Hartmann, dass sich davon die meisten Richtung Armut verabschiedet hätten. Insofern sei eine Angst der Menschen vor einem sozialen Abstieg vollkommen berechtigt.

Umfragen, die ergeben hätten, dass die Zukunftsangst zurückgehe, seien mit Vorsicht zu genießen, denn der Erhebung liege die Frage nach dem Verlust des Arbeitsplatzes zugrunde. „Im Rhein-Main-Gebiet brauche ich keine große Angst vor Arbeitsplatzverlust haben, doch ich muss Angst haben vor dem Verlust meiner Wohnung, weil ich sie nicht mehr bezahlen kann“, betonte der Soziologe. Es sei ohnehin ein Problem, dass nur bessergestellte Kreise sich in gewissen Regionen Wohnraum leisten könnten. Dies Sorge für einen zunehmenden Segregationsprozess, der den Blick für soziale Probleme in der Gesellschaft noch zusätzlich trübe.

Um die Situation zu bessern, sei eine sofortige Rücknahme der steuerlichen Regelungen seit 1999 notwendig. „Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die eigentliche Rolle des Staates“, sieht Hartmann gegenwärtig nicht mehr die breite Bevölkerung im Zentrum der politischen Entscheidungen. Dass das Thema der sozialen Gerechtigkeit den Menschen durchaus auf den Nägeln brenne, habe der Hype um SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz gezeigt, der dieses Thema im Wahlkampf ins Zentrum stellte. Dass dann bei Schulz der jähe Absturz erfolgte, überraschte den Wissenschaftler nicht: „Der Aufschwung bei Schulz war ein zartes Pflänzchen, das man auch gießen muss. Dazu hätte gehört, auch mal etwas Konkretes zum Begriff soziale Gerechtigkeit zu sagen, was ausgeblieben ist. Als er dann noch beim Parteitag Gerhard Schröder freudestrahlend als Stargast präsentierte, da war es mit der Glaubwürdigkeit endgültig vorbei“, so Hartmann.

Dass durchaus auch eine andere sozialdemokratische Politik möglich sei, beweise Jeremy Corbyn in Großbritannien, der sich nie auf den von Tony Blair initiierten New-Labour-Kurs eingelassen habe und deshalb als Spinner verspottet worden sei. Er sei sich aber immer treu geblieben, was ihm bei zwei Drittel der Stimmen bei den unter 35-Jährigen gebracht und für einen massiven Aufschwung der zuvor am Boden liegenden Labour-Party gesorgt habe. „Eine ganz klare Position und Glaubwürdigkeit, das wollen die Menschen“, merkte Hartmann an.